

# Kommunale Leistungen in Zeiten sinkender Einnahmen

## Befragung von Bürgermeistern und Bevölkerung Juni 2010

OGM Österreichische Gesellschaft für Marketing

Bösendorferstraße2, A-1010 Vienna

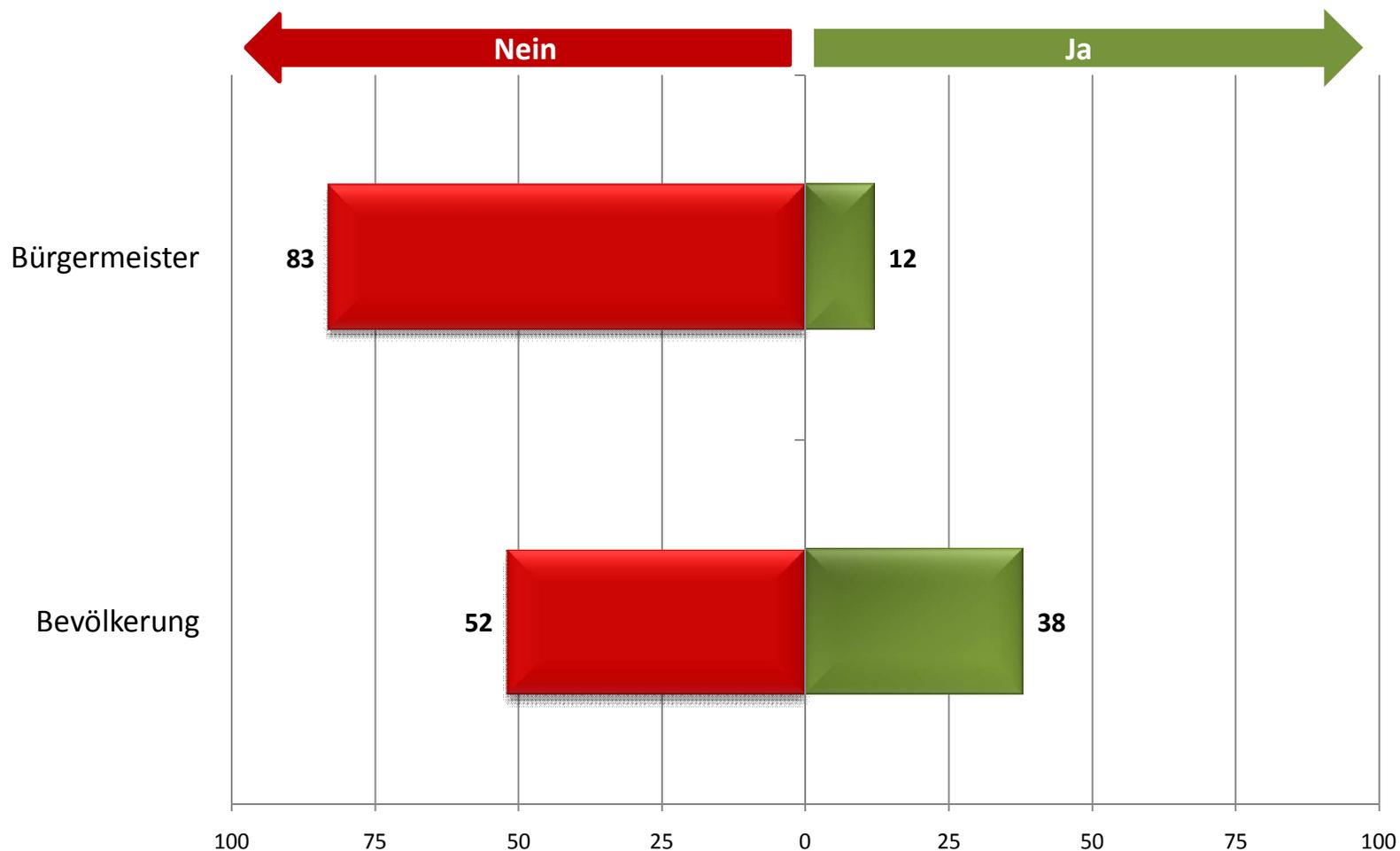
+43 1 50 650

marketing@ogm.at



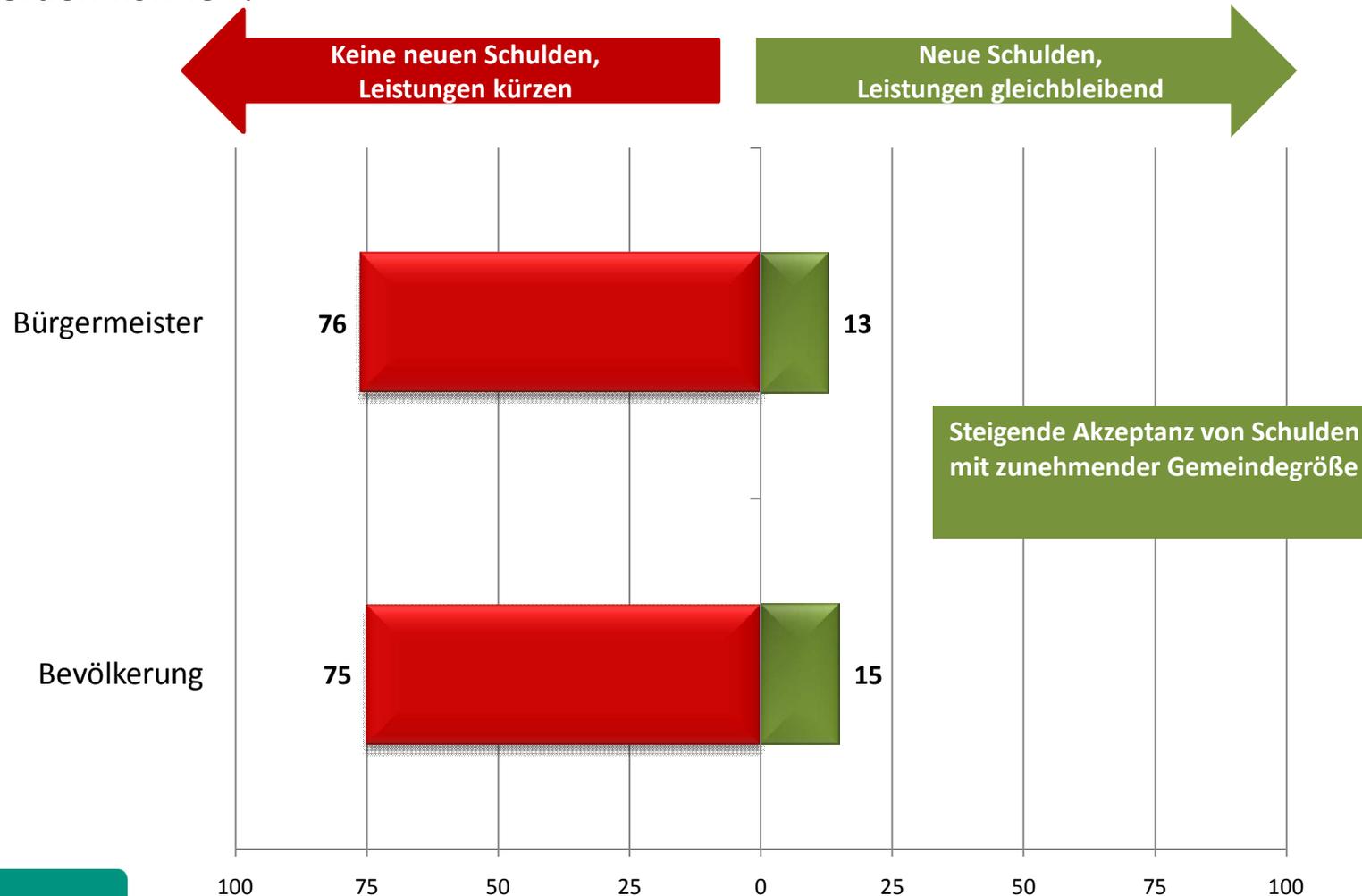
<b>Thema:</b>	Finanzierbarkeit kommunaler Leistungen, Handlungsoptionen
<b>Auftraggeber:</b>	Kommunalkredit Austria und Österreichischer Gemeindebund
<b>Ausführendes Institut:</b>	OGM, Österreichische Gesellschaft für Marketing GmbH
<b>Zielgruppe, Stichprobe, Methode:</b>	1. BürgermeisterInnen von österr. Gemeinden 456 Interviews, online Befragung  2. Bevölkerung Österreich 976 Interviews, telefonische Befragung
<b>Erhebungszeitraum:</b>	Juni 2010

„In Zukunft gleich finanzierbar wie bisher?“

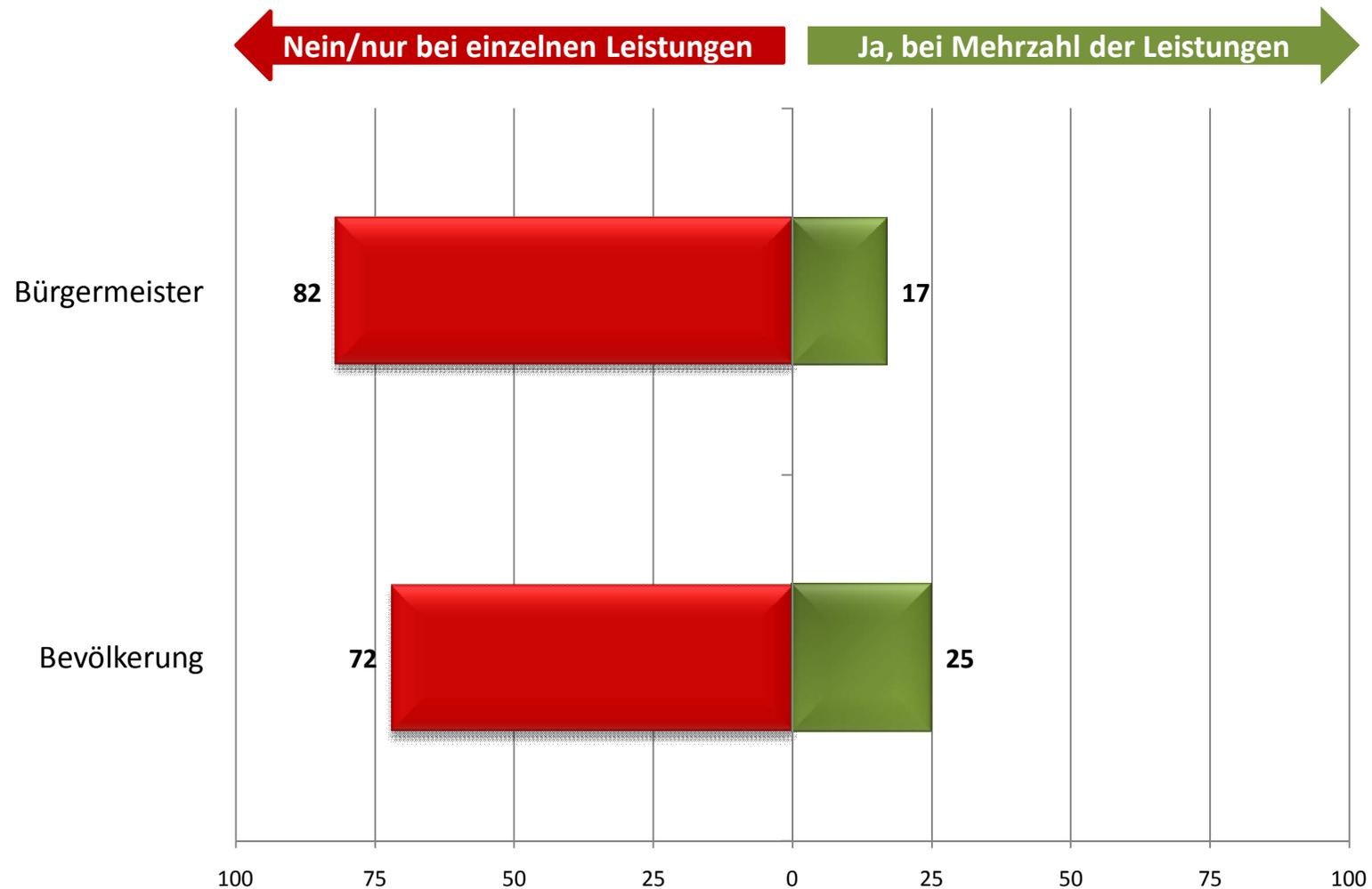


# Aufnahme von Schulden?

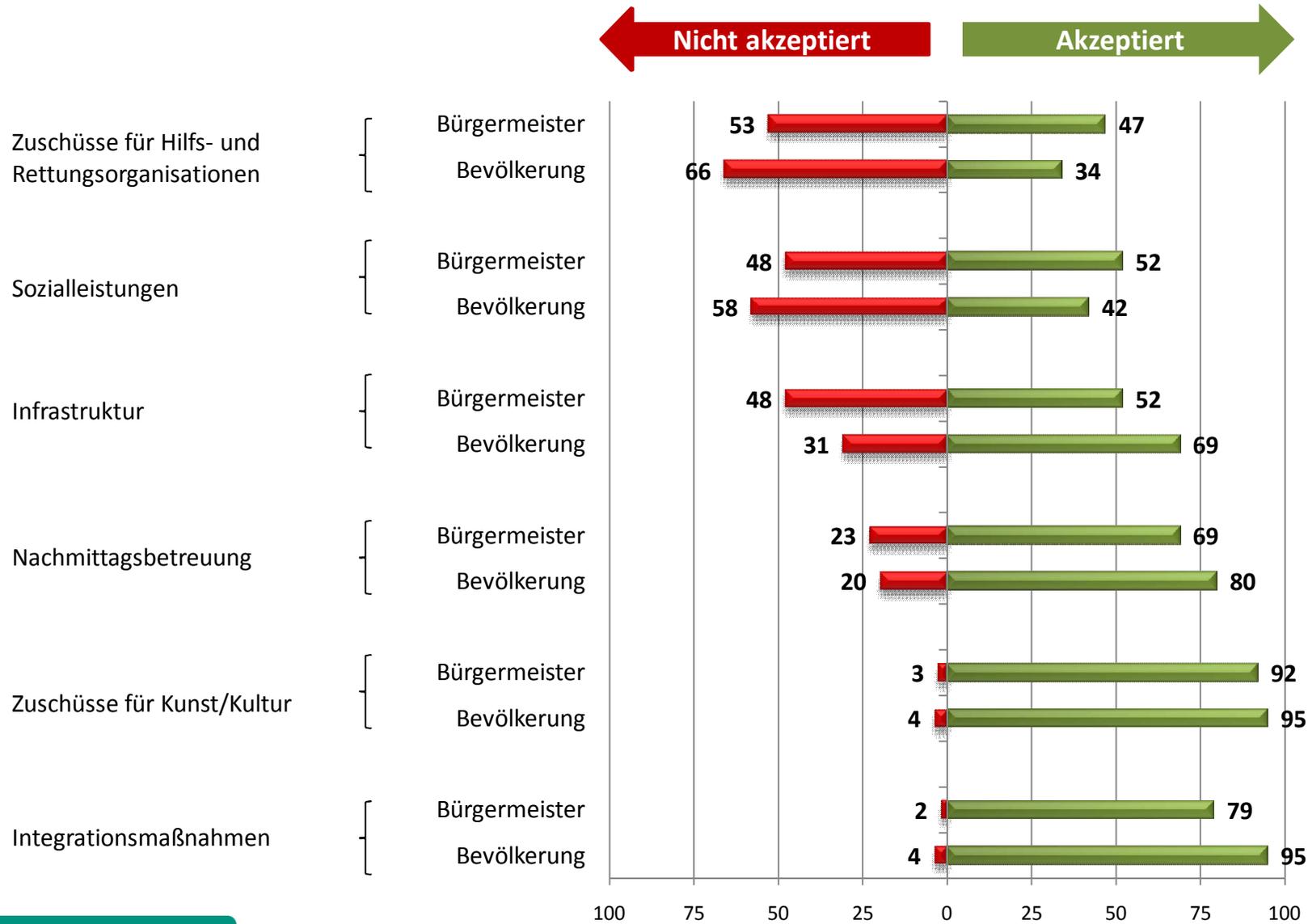
„Soll Ihre Gemeinde zur Aufrechterhaltung der bisherigen Leistungen weitere Schulden oder keine Schulden aufnehmen, auch wenn diese Leistungen dann nicht mehr in gleichem Umfang angeboten werden können?“

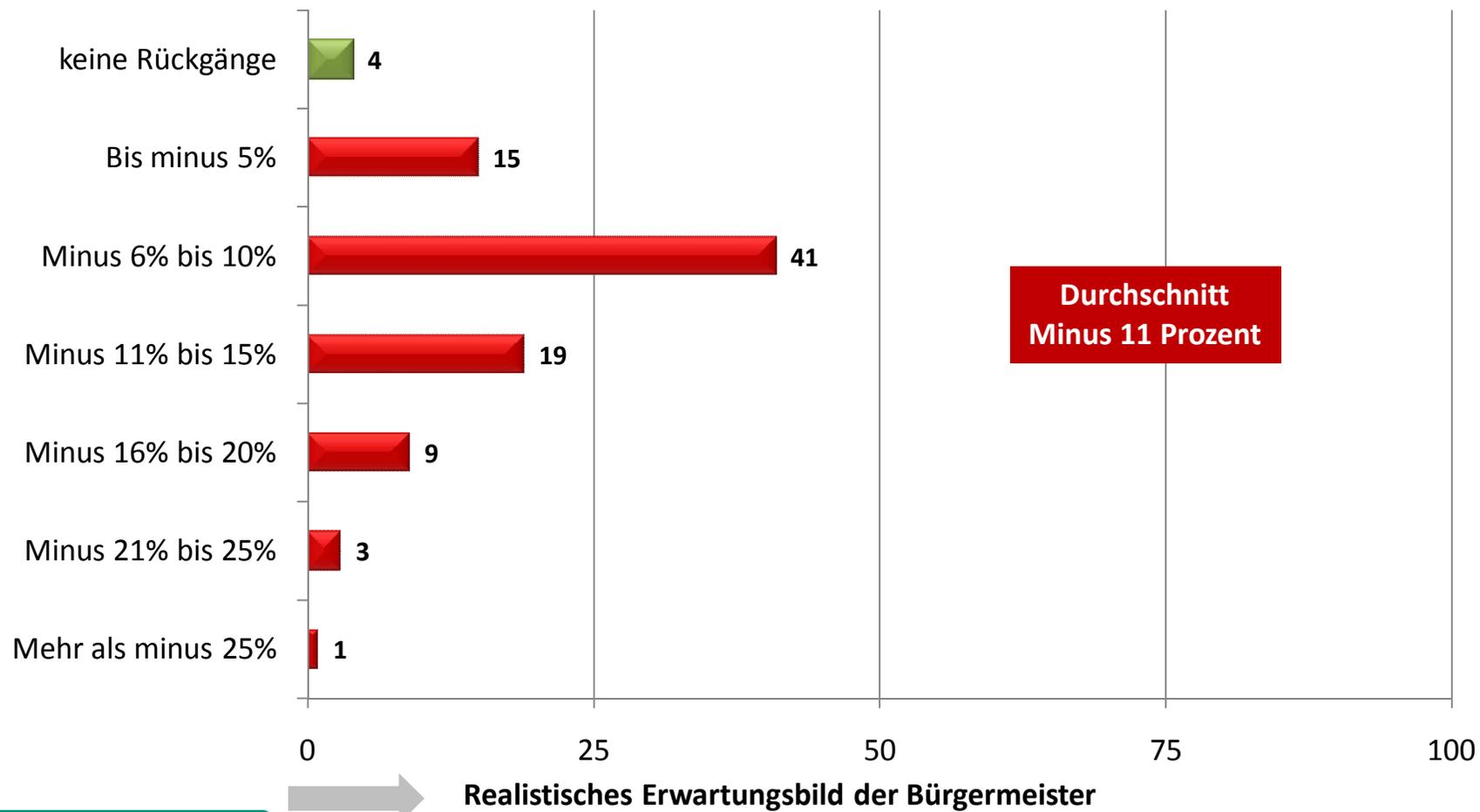


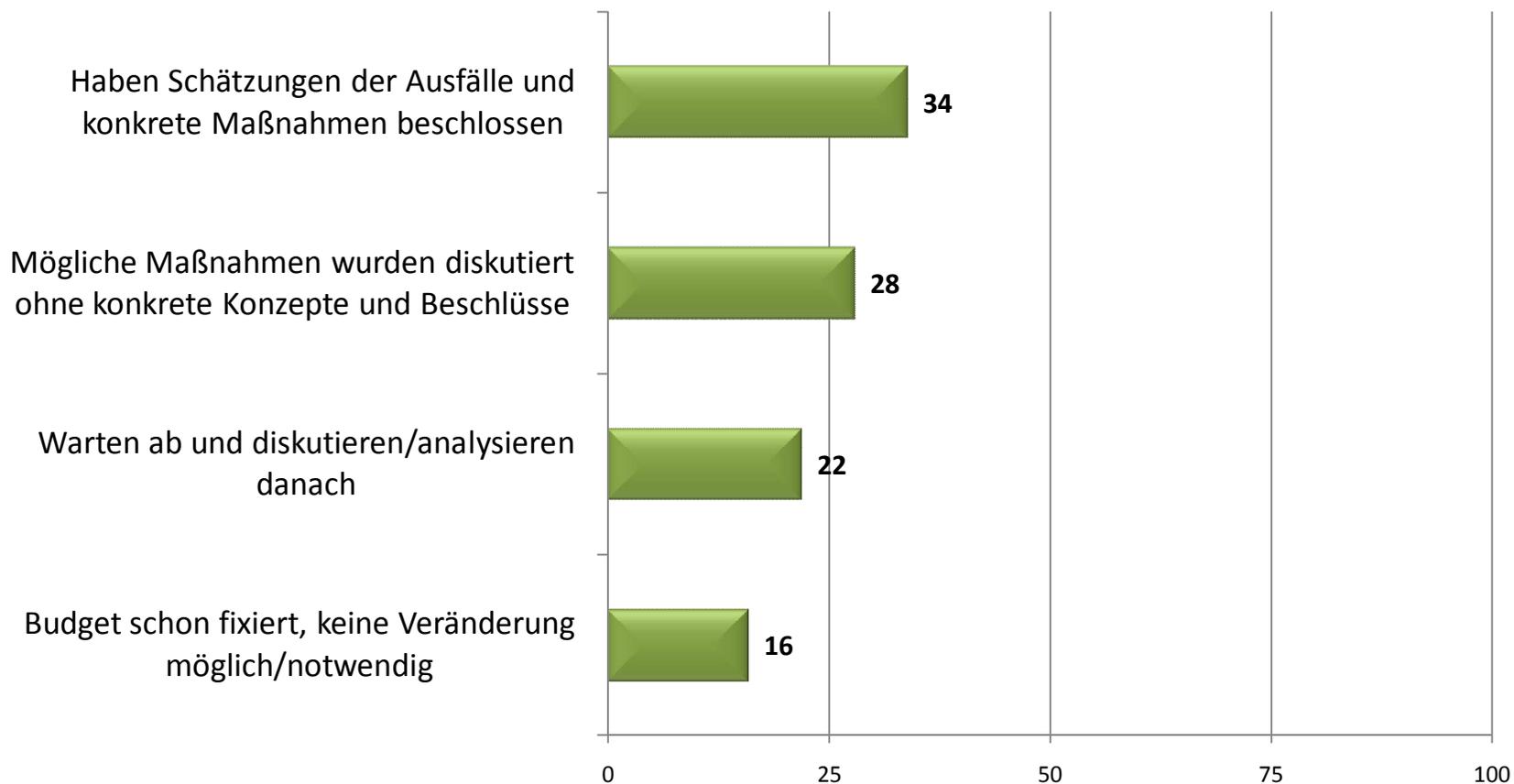
„Würden die BürgerInnen Leistungskürzungen akzeptieren?“



# Akzeptanz von Leistungskürzungen bei:





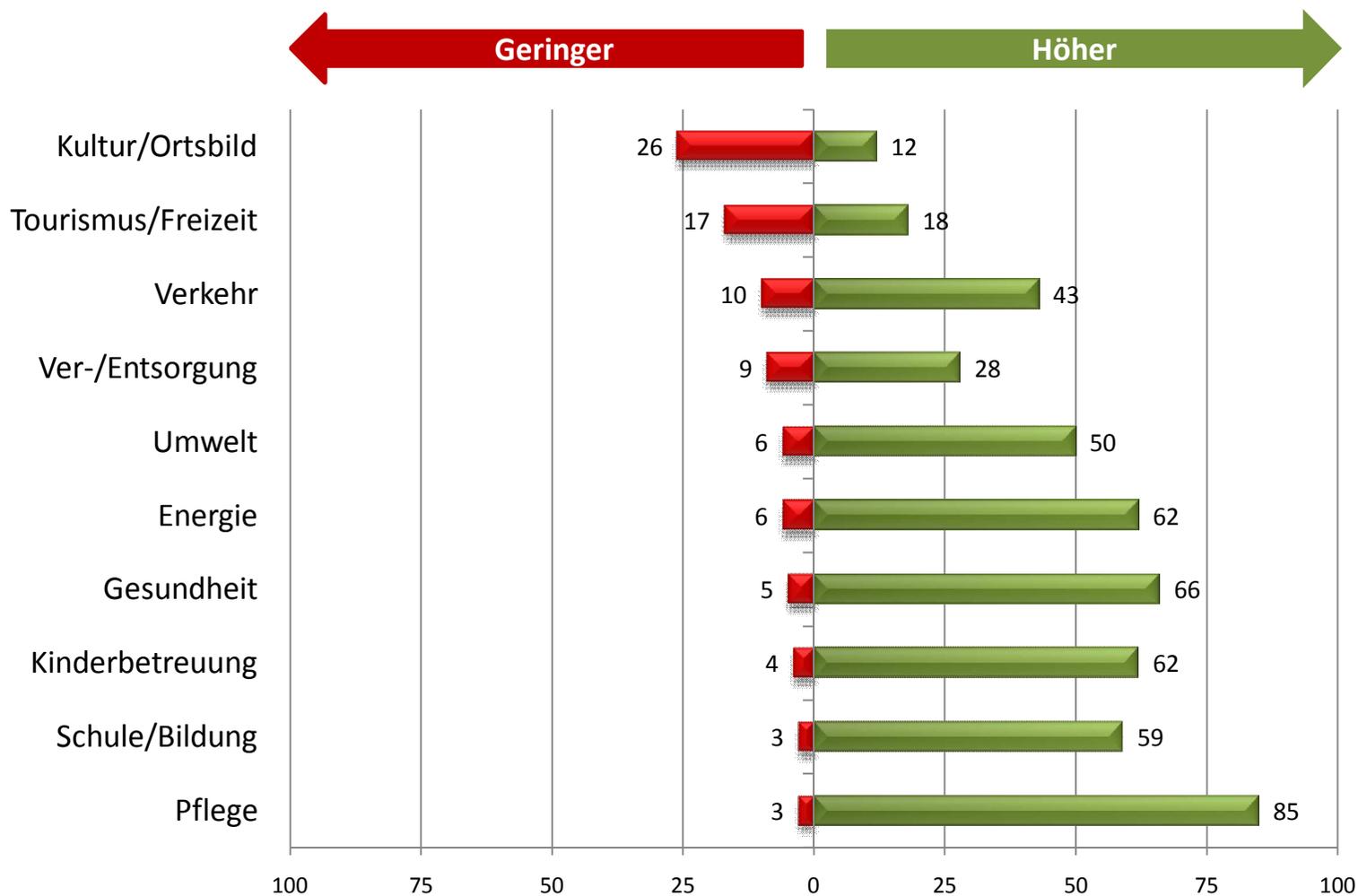


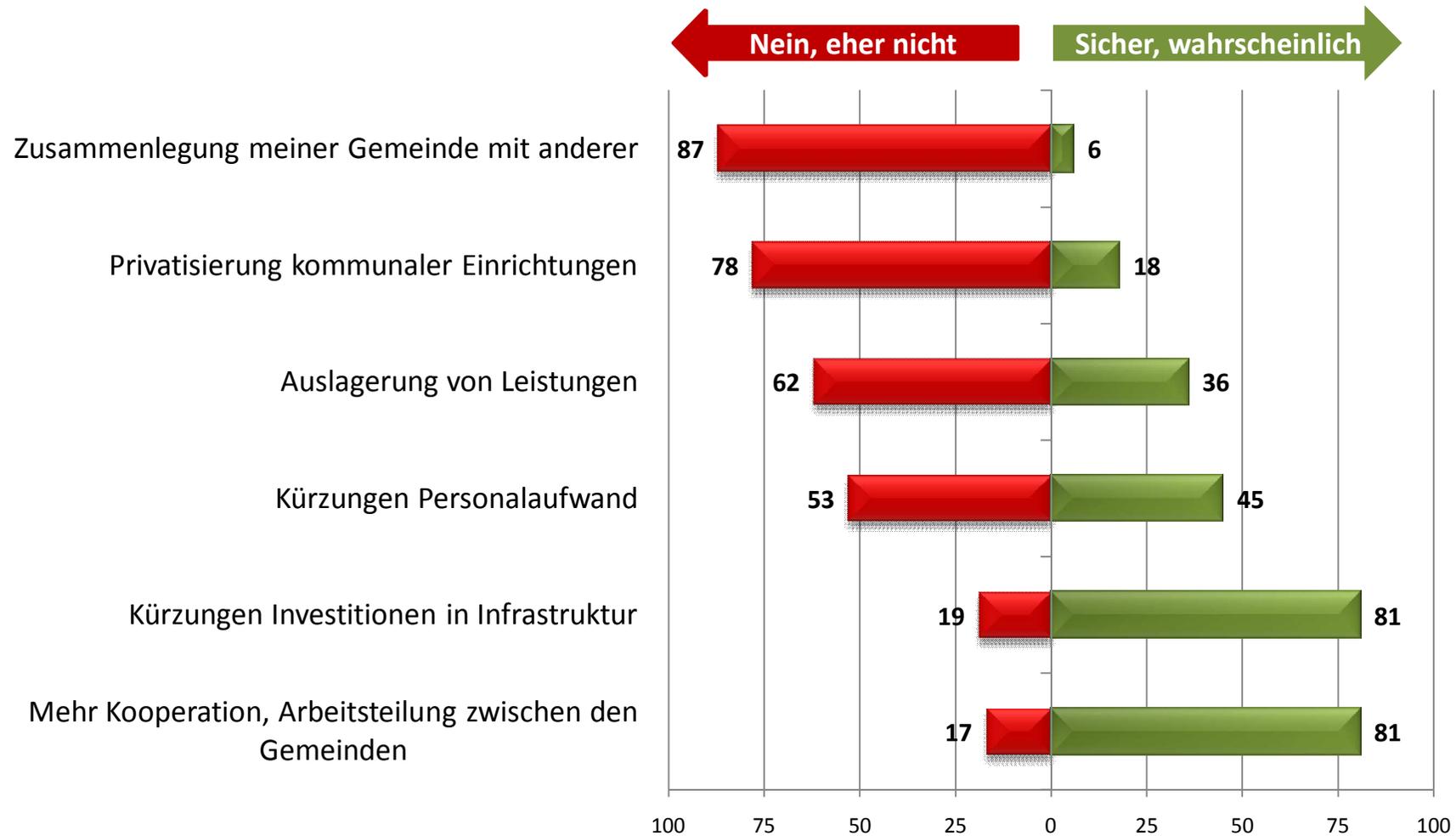
1/3 der Gemeinden hat Strategien/Maßnahmen beschlossen, größere Gemeinden ab 10.000 Einwohner hier professioneller



Beratungsbedarf für diese Situation v.a. bei kleinen/mittleren Gemeinden



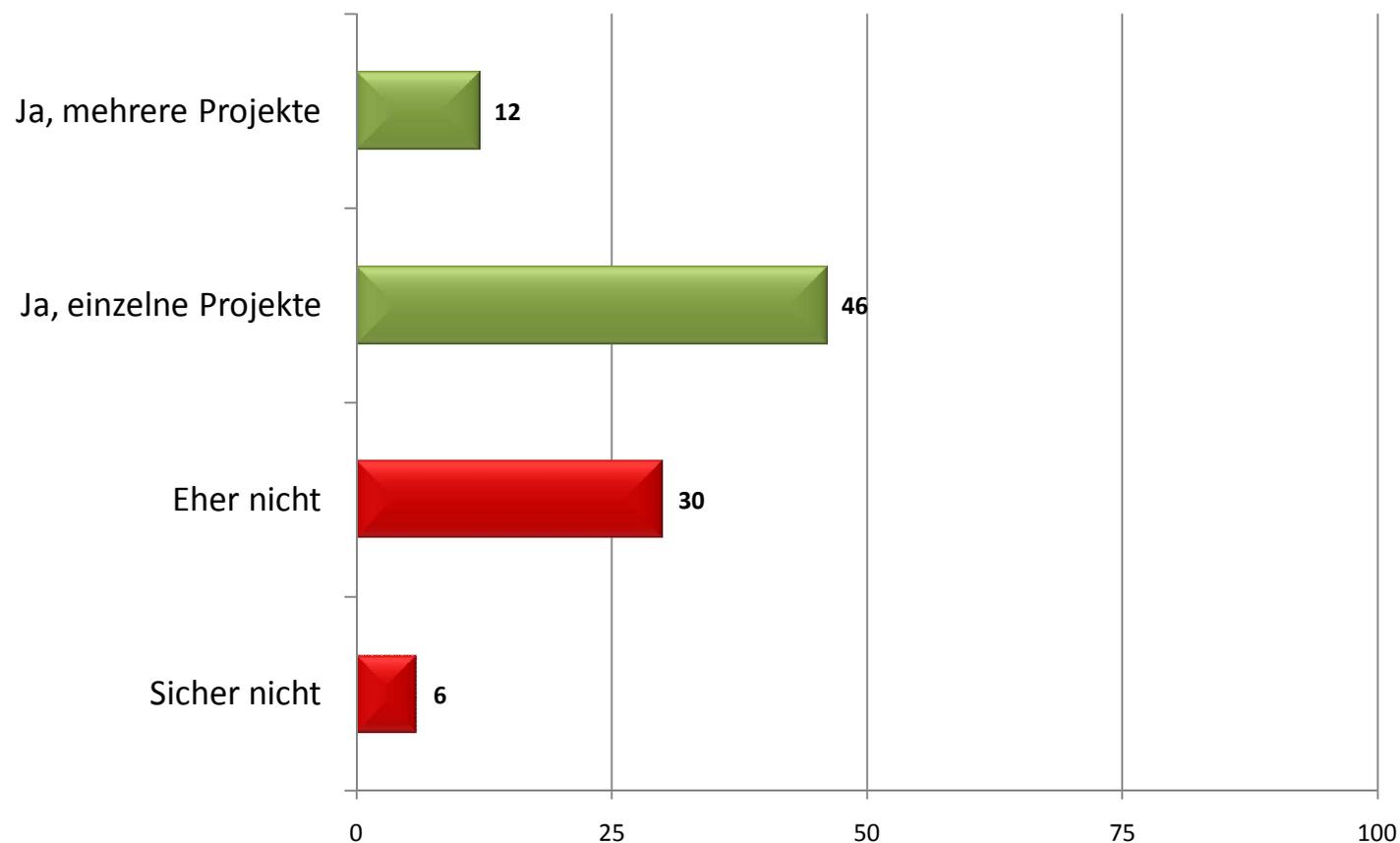




Kürzungen eher bei Sach-, als bei Personalaufwand

Nein zur Zusammenlegung, Privatisierung (=Verlust von Autonomie),  
Ja zur Kooperation/neue Partnerschaften





Überdurchschnittliche PPP-Orientierung bei Gemeinden ab 10.000 EW (wegen Projektvolumen?)

Dilemma in den Gemeinden:

- Einnahmen sinken um durchschnittlich 11 Prozent
- Leistungserfordernisse und Investitionsbedarf dagegen steigend
- Neue Schulden werden von Bürgermeistern und Bevölkerung gleichermaßen abgelehnt
- Leistungskürzungen mehrheitlich nicht akzeptiert  
(vor allem nicht in den finanziell gewichtigen Bereichen)
- Mehrheit der Gemeinden ohne Plan zur Reaktion auf diese Entwicklungen
- Zusammenlegungen/Privatisierungen werden abgelehnt,  
erweiterte Kooperationen zwischen den Gemeinden und mit privaten Partnern  
als Chance